

Ein neuer Lebensabschnitt: 1986 – 1989 Landtagsabgeordneter

1986 stiegen Heike und ich aus dem Energie- und Umweltzentrum aus und ich in einen engagierten Landtagswahlkampf ein. Der Atomunfall in Tschernobyl brachte einen Schub in die Anti-Atom-Debatte und ich machte fast jeden Abend irgendwo in Niedersachsen eine meist sehr gut besuchte Veranstaltung zu diesem Thema. Eine recht erfolgreiche kleine weitere Aktion: Da ich fast immer mit dem Zug unterwegs war, produzierte ich ein Flugblatt über die grünen Positionen zum Bahnverkehr mit meinem Foto drauf und dem Hinweis, dass ich für weitere Nachfragen im letzten Wagen des Zuges sitzen würde. Nach meinem Einsteigen und der Abfahrt des Zuges ging ich von vorne nach hinten durch alle Wagen und verteilte die Flugblätter an alle Reisenden, die sie meist sehr neugierig studierten, hat man beim Zugfahren doch viel Zeit zum Lesen.

Nach dem guten Wahlkampf war das Wahlergebnis für die Grünen dann ziemlich enttäuschend: nur 5,7%. Doch ich war im Landtag und wurde umweltpolitischer Sprecher der Fraktion (unten ein Artikel im Stern).

Im Parlament saß ich neben dem damals einfachen SPD-Abgeordneten Gerhard Schröder und mache gegenüber der CDU-FDP-Mehrheit konsequente Oppositionspolitik. Jede Bürgerinitiative im Lande wird mit aller Kraft unterstützt, sei sie gegen Sondermülllager in Hoheneggelsen und Münchehagen, neue Müllverbrennungsanlagen, geplante Gasspeicherkavernen in Rheiderland bei Emden oder einen Center-Ferienpark in einem Naturschutzgebiet bei Bispingen.



Und die außerparlamentarische Arbeit durfte nicht fehlen: Bei einem Hearing zur Sondermüllverbrennung fuhren wir in einem gemieteten Lieferwagen als Bauarbeiter verkleidet vor und mauerten den Eingang blitzschnell zu – ein schöner Aufmacher für die Medien.

Als Landtagsabgeordneter werde ich übrigens zum zweiten Mal „straffällig“: Die Grünen sind Motor beim Boykott der zu dieser Zeit laufenden bundesweiten Volkszählung, da die gesammelten Daten unseres Erachtens nicht anonymisiert

genug sind und zu einer Komplettüberwachung der Bevölkerung genutzt werden können. Als presserechtlich Verantwortlicher rufe ich in einem Flugblatt dazu auf, eine Ecke auf dem allen Einwohnern Deutschlands zugesandten Volkszählungsbogen abzuschneiden, bevor man sie ausgefüllt zurückschickt, damit keine Verbindung der Daten zu den Ausfüllenden hergestellt werden kann. Der Staat schlägt zurück: Ich bekomme eine Anzeige und werde in zweiter Instanz vom Oberlandesgericht wegen – man höre und staune - Sachbeschädigung (der Fragebogen als Sache) zu 1.000 DM Strafzahlung verurteilt. Bei den Grünen gibt mir solch eine Verurteilung natürlich einen Heiligenschein, später verhindert sie jedoch fast noch, dass ich als Dezernent „Wahlbeamter“ werde, doch das ist eine andere Geschichte.